

---

Presseinformation Nr. 319

---

11. März 2008

---

**OTTO:**  
**FDP fordert Überarbeitung der EU-Rundfunkmitteilung**

---

*BERLIN. Die FDP fordert die Überarbeitung der Rundfunkmitteilung der Europäischen Kommission, da diese den jüngsten Entwicklungen im Medien- und Rundfunksektor nicht mehr gerecht wird. Die Medienpolitiker der FDP-Bundestagsfraktion Christoph WAITZ und Hans-Joachim OTTO haben gemeinsam mit Martin LINDNER, Vorsitzender der AG Medien der FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz, ein entsprechendes Positionspapier bei der EU-Kommission eingereicht. Dazu erklärt der Medienexperte der FDP-Bundestagsfraktion Hans-Joachim OTTO:*

Deutschland hat im Zuge der Einstellung des so genannten Beihilfeverfahrens Reformen am System des dualen Rundfunksystems versprochen. Diese Versprechen müssen zügig umgesetzt werden.

Es muss aber auch sichergestellt werden, dass die gleichen Regeln, die vor allem für die Besonderheiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gelten, auch europaweit einheitlich sind. Ansonsten droht eine unzulässige Wettbewerbsverzerrung zwischen den nationalen Rundfunkmärkten innerhalb der EU.

Rundfunk ist in großem Maße Kulturgut und damit Angelegenheit der Mitgliedstaaten. Allerdings berührt das duale Rundfunksystem auch wettbewerbspolitische Aspekte. Das gilt insbesondere für den gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Deshalb müssen von den Mitgliedstaaten der Auftrag klar und präzise definiert und die Aufsicht transparent und effektiv gestaltet werden. Die Maßstäbe dafür sollten EU-weit einheitlich sein. Die Weigerung von CDU/CSU, SPD und Grünen im Bundestag, an der Überarbeitung der Rundfunkmitteilung konstruktiv mitzuarbeiten, verkennt die Anforderungen an eine moderne Rundfunkpolitik. Die FDP-Bundestagsfraktion dagegen hat sich detailliert am Konsultationsverfahren der EU-Kommission beteiligt.

Verantwortlich:  
**DR. CHRISTOPH  
STEEGMANS**

**Telefon**  
(030) 227-52388

**Fax**  
(030) 227-56778

**E-Mail**  
pressestelle@  
fdp-bundestag.de

Ich fordere die anderen Fraktionen im Bundestag daher auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und an einem stabilen und effektiven Rahmen für das duale Rundfunksystem mitzuarbeiten.